



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

zeigen, die an der Zertrümmerung des „Reichslandes“ ebensogut beteiligt sind, wie an seiner Aufrichtung. Heute ist die Stunde dazu noch nicht gekommen. Noch wehrt sich das Reich!

Aber noch immer wissen tausende und abertausende in Altdeutschland nicht, was unten am Oberrhein für sie alle, Arbeiter und Unternehmer, Bürger und Bauern, an militärischen, politischen und vor allem an wirtschaftlichen Werten auf dem Spiele steht! Einen kleinen Beitrag zu diesem Problem soll ein Büchlein geben, das soeben ebenfalls im Trübnerschen Verlag erscheint und die Frage beantwortet will: „Was besitzt das Reich an Elsaß-Lothringen; was verliert es mit ihm?“<sup>1)</sup> Jenseits aller Kritik am Gegenwärtigen und Vergangenen möchte es das Verständnis für die überaus wichtige Stellung wecken, die Elsaß und Lothringen heute in Deutschlands Volks- und Weltwirtschaft einnimmt. Findet dies Büchlein Verständnis und Leser, so wiegt es wohl ein Duzend „Aufsätze“ und „Briefe“ auf, die ihrem Inhalt und Umfang nach doch immer nur über einzelne Personen und Zustände im Reichsland berichten können und damit immer in Gefahr sind, die Lust und Liebe im Reiche selbst für die Grenzmark des Westens zu ersticken. Uberschrift und Mahnung für all unser Denken und Fühlen muß sie daher gerade jetzt mehr denn je sein: „Elsaß-Lothringen ist das Schicksalsland Deutschlands!“

26. Oktober 1918.

p. w.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Raleidoskop. Man kann heute kaum mehr über politische Dinge schreiben, es sei denn im Augenblick für den Augenblick. Was heute gilt, ist morgen zum alten Eisen geworfen. Heute rast das Rad der Geschichte. Die Schnelligkeit der Umdrehung ist so groß, daß wir die einzelnen Ereignisse kaum mehr sehen. Da das Rad aus der gesetzmäßigen Kurve herausgeschleudert ist, überall Abhänge drohen und sich Lawinen des Gedankens und der Tat anballen können, die die Anfangsbewegung vervielfachen und neue Richtungen bedingen müssen, so läßt sich nichts voraus-sagen, auch darüber nicht, wer schließlich unter den Rädern liegen wird.

Im Engpaß. Was ziemlich sicher ist, ist unsere eigene Lage. Unsere Bundesgenossen haben uns verlassen oder stehen im Begriffe dies zu tun, teils willensmäßig, teils weil die Ereignisse so auf sie selbst einwirken, daß ihr Auflösungsprozeß sie als Handelnde auf der Weltbühne momentan ausschaltet. Wir sind also jetzt ganz allein geblieben — in einem Engpasse, aus dem wir nicht mehr heraus-

kommen, oder wenigstens zurzeit keinen Ausweg sehen gegenüber auf uns zustürmenden Gewalten, die uns ans Leben wollen.

Die Politik hört in solcher Lage so ziemlich auf. Wir haben wenig Figuren, mit denen wir operieren können. Es sind nur noch Gedankenoperationen, die wir machen können, und diese müssen wir sehr schnell machen, denn die Zeit drängt.

Militärische Bilanz. Wenn wir die Bilanz des Momentes ziehen, so sehen wir folgendes. Auf der militärischen Bühne sind wir so stark, als wir selbst den moralischen Mut haben, stark sein zu wollen. Der Kriegsminister hat im Reichstage gesagt: „Das Heer ist nicht geschlagen, die Heimat ist nicht zusammengebrochen, überall sind Kräfte vorhanden, uns zu erfolgreichem Widerstand zu befähigen“. Er ist deswegen heftig angegriffen worden. Man fürchtet, daß es wieder nicht zum Frieden kommen könnte. Das ist eine ungerechtfertigte Furcht; denn wie wir sehen, tut unsere Regierung alle Schritte, um energisch jedes Hindernis zum

<sup>1)</sup> P. Wenzke, „Was ist Elsaß-Lothringen dem Reich?“ Preis 0,80 M.

Frieden zu entfernen. Es empfiehlt sich aber, wenn es zur Bilanz kommt, möglichst keine Aktivposten zu retten. Weiter hat der Kriegsminister nichts getan.

Innere Bilanz. Werden wir fähig sein, den moralischen Zusammenbruch der Heimat zu verhüten? Es gibt Leute, die sich scheuen, ihr überflüssiges Kapital in Kriegsanleihe anzulegen. Sie spähen nach einer anderen sichereren Gelegenheit, ihr Geld unterzubringen, kaufen Industrieobligationen, holen ihr Geld von der Bank ab, und bedenken nicht, daß, wenn der Staat untergeht, das alles nachher mit dem Staate den Weg zum Untergange finden wird. Ich habe einen guten alten Herrn gesehen, Leser der „Täglichen Rundschau“, der so vorgeht und von der levée en masse spricht. Er selbst will nicht einmal einen Pfennig opfern und erwartet von „der Masse — der anderen“, daß sie ihr Leben opfert. Solche Gesinnung sollte jetzt mit allen Mitteln bekämpft werden.

Warum spricht der Reichsschatzsekretär im Reichstage nicht menschlich und eindringlich über alles dies zum deutschen Volke?

Auch dieser innere Bilanzposten könnte gesichert werden. Die kurzen stereotypen und nicht gerade von Gedankenreichtum zeugenden Presseäußerungen der einzelnen Staatssekretäre in den Zeitungen sind nur für den Autographensammler interessant.

Der Gedanke des Rechtes. Ein anderer Aktivposten für uns ist der Gedanke des Rechtes, an den wir uns halten müssen mit der zähesten Energie. Ledebour und Nozke haben im Reichstage bei der Zurückweisung der polnischen Ansprüche gute Beispiele gegeben. Wir haben uns an Herrn Wilson gewandt, weil wir glaubten, daß er ein Repräsentant solcher Rechtsideen ist. Wir haben den Völkerbund auf unsere Fahne geschrieben, weil er nur durchzuführen ist, wenn uns selbst nicht das Recht zum Leben genommen wird.

Gegenüber seiner letzten Note, die unsere Kapitulation, beinahe unser Charakter verlangt oder zu verlangen scheint, haben wir die Befürchtung, daß wir es vielleicht nur mit schönen Phrasen zu tun haben, daß wir — wenn wir uns selbst wehrlos gemacht haben, den Raubtierinstinkten unserer

Feinde ausgeliefert sein werden. Hier ist die Frage entscheidend, wie stark Wilson ist.

Die Ideenwelt des Sozialismus. Ich sehe dann nur noch einen Aktivposten für uns in der Welt — die Ideenwelt des internationalen Sozialismus. Grey hat in seiner letzten großen Rede in der Central Hall in London gesagt: „Ich glaube, daß die Arbeiterschaft (Labour) unzweifelhaft einen größeren und ausschlaggebenderen Anteil an den Regierungen nehmen wird, als es früher der Fall war.“ Grey hält diesen Anteil gerade wegen der Rückwirkung der Ideen des Sozialismus auf die internationalen Gestaltungen für gut. Eine solche Rückwirkung kann in der Tat nur gut sein.

Von Frankreich wird uns die Nachricht über ein Verlangen der Sozialisten nach einer Zusammenberufung der Internationalen übermittelt, in England sind Aussprüche charakteristisch, wie der von Henderson, daß die irische Frage eine internationale Frage sein sollte. Das Wort von Barnes, „Die Vernichtung des deutschen Volkes, wenn sie möglich wäre, was nicht der Fall ist, war weder jemals noch ist sie jetzt ein Kriegsziel der Alliierten“, ist sicher von ihm ehrlich gemeint. Er stellt uns Friedensbedingungen in Aussicht, „weit verschieden und weit besser als die, welche wir Rumänien und Rußland auferlegt haben“. In der „Humanité“ schrieb neulich Marcel Cachin: „Wenn gewisse bis jetzt verkleidete Imperialisten den Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg umzuwandeln versuchen, so ist es die Aufgabe der Arbeiter und sozialistischen Organisationen dieses Landes, auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die daraus für Frankreich selbst unfehlbar folgen würde.“ Und dann heißt es weiter: „Könige und Kaiser werden nicht allein fallen. Die Proletarier aller Länder, vom Kriege befreit, werden überall ihr Joch abzuschütteln wissen.“ Allerdings ist die Haltung der französischen Sozialistenpartei bis jetzt schwächlich gewesen.

Es ist sicher, daß wir die Weltrevolution erleben werden, wenn es jetzt nicht schnell zum Frieden kommt und wenn unsere Feinde ihre Bedingungen überspannen, sei es, daß sie bei uns den Kampf bis aufs Messer hervorrufen oder uns Friedensbedingungen bieten,

die wir nur durch eine Revolution abschütteln können.

Die Bolschewisten in Rußland hoffen, daß es keinen Frieden geben wird. O. C.

„Die Schuld am Kriege!“ Welch menschliches Hirn möchte sich vermessen, das Urteil zu sprechen in einem Prozeß, dessen Akten nach hundert Jahren vielleicht geschlossen erscheinen, bei dem aber schon jetzt die Tatfragen so komplizierter Natur sind, daß ein Mann mit Verantwortungsgefühl, wenn er von den Dingen redet, im selben Atem hinzusetzen muß: „So, das war ein Faden, den ich aus dem verwickelten Gewebe zu genauerer Betrachtung löste“. Trotzdem gibt es viele Leute, die mit großer Selbstsicherheit ihr Sprüchlein fällen einfach nach dem Schema Subjekt—Prädikat—Objekt; auch, was man nicht für möglich halten sollte, zugunsten des Feindes.

Die Zeitungen berichteten vor kurzem von einem Manne, der sich selber aller möglichen Verfehlungen gegen das Strafgesetz beschuldigte. Ähnlich handelt eine gewisse Presse, die sich hinter dem Rücken der kämpfenden Front nicht genug tun kann in leidenschaftlichen Anklagen unserer vergangenen Politik. Nur darin unterscheidet sie sich von jenem armen Psychopathen, daß sie die eigene weiße Weste sorgsam hütet und ihre Bannflüche allein den ehemaligen Machhabern gelten, die man als gefallene Größen nicht nur mit Eselsritten bedient, sondern auch als bequeme Sündenböcke gebraucht. Es besteht eine förmliche Relation zwischen dem Fortgang der äußeren und inneren Krise auf der einen und den immer nervöseren Staatsanwaltsakturen jener Presse auf der anderen Seite. Zuerst arbeitete man nur mit versteckten Andeutungen und geheimnisvoll vagen Allgemeinheiten, doch von Tag zu Tag wurde die Sprache klarer, und jetzt ist es beinahe soweit, daß unsere Feinde ein förmliches System der deutschen Schuld am und im Weltkriege aus deutschen Zeugnissen bereit gelegt erhalten. Einige Beweise.

An der Spitze des modernen Grinnchenchores steht das „Berliner Tageblatt“, dessen Chefredakteur Theodor Wolff aus seiner Pariser Vergangenheit Boulevardmethoden auf deutsche

Verhältnisse überträgt. Er schreibt am 10. Oktober (Nr. 518) von der neuen Regierung, sie habe ihr schweres Werk nur übernommen, um „das deutsche Volk aus dem Sumpf herauszuführen, in den man es hineinregiert und hineingeschwagt hat“. Und am 21. (Nr. 538) mit aus dem weiteren Zusammenhang erkennbarer Ironie: „Im Juli 1914 zwangen die militärischen Notwendigkeiten zur Kriegserklärung, nachdem aus politischen Notwendigkeiten das Ultimatum Osterreich-Ungarns gebilligt und aus Ehrengründen der Konferenzvorschlag Greyß abgelehnt worden war. Die Zivilregierung unterwarf sich den ‚militärischen Notwendigkeiten‘, als sie dem Einmarsch in Belgien zustimmte und das Wort des Deutschen Reiches entwertet ließ“. Die unvergeßlichen Julitage 1914 aber sehen Herrn Wolff folgendermaßen in der Erinnerung: Gewisse „Gestalten“, deren „Toben“ später immer wieder den „Frieden verhinderte“, seien in jenem „Bahnsinnsjuli sofort nach dem Wiener Ultimatum jöhrend durch die Straßen gezogen, um ein friedliebendes Volk in Kriegsstimmung zu versetzen“. Eine tendenziöse Entstellung des Sachverhalts, wie sie sich in ähnlicher Weise der „Vorwärts“ schon am 28. Juli 1918 geleistet hat. Die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 288 vom 17. Oktober, Abendblatt) sagt von dem „alten System“: „Es ist zusammengebrochen in der ungeheuren Schuld, die es auf sich geladen hatte, vor dem Kriege und im Kriege, zusammengebrochen in seinem eigenen tatsächlichen Bankerott“. Diese Zeugnisse lassen sich auch aus anderen Kreisen vermehren. So hält es Professor Wilhelm Kaufmann von der Berliner Universität für richtig, als Protest gegen die patriotische Erklärung seiner Kollegen vom 20. Oktober auch folgende Worte in die Welt zu senden: „Ganz anders... verhält es sich, wenn die Gegner mit ihrer Behauptung recht haben, die Schuld an diesem schrecklichen Kriege und die Schuld in diesem Kriege liege furchtbar überwiegend auf deutscher Seite. Dann müssen die Schuldigen und Mitschuldigen unverzüglich aus unserem öffentlichen Leben völlig ausscheiden und unsere Regierung muß nicht bloß durch Erklärungen, sondern auch durch Tathandlungen unseren Segnern Sicherheiten bieten

und sich bereit finden, die gerechten Folgerungen aus der Schuldverantwortlichkeit zu ziehen und ziehen zu lassen" („Vorwärts" vom 22. Oktober). Man sieht, Bichnowski macht Schule!

Wie lange wird es noch dauern, bis die Legende vom armen verführten deutschen Volke fertig ist, das der Bohnwitz und Ehrgeiz seiner Gewalthaber in den Abgrund des Krieges stürzte. Mit welchem diabolischen Grinsen mögen die Todfeinde dieses Volkes an Seine und Themse zur Kenntnis nehmen, wie deutsche Zeitungen — und es sind die dem Auslande bekanntesten — ihnen die Arbeit der Geschichtsfälschung zu Ehren der ententistischen Weltlüge erleichtern!

Wir zweifeln nicht an dem guten Glauben der erwähnten Presse, aber um so verwerflicher ist es, wenn sie anderen diesen guten Glauben abstreitet und von vergangenen Ereignissen in Wendungen redet, die größte Mißdeutung geradezu herausfordern. Wie weit soll denn die Umwertung aller Werte ex eventu noch gehen? Soll vielleicht die ganze preußisch-deutsche Geschichte mit entgegengesetzten Vorzeichen versehen werden, weil der Bilanzstrich von heute nicht mit den gewohnten Aktiven abschließt? Was Recht ist, soll Recht bleiben und wenn die Irrlichter des Erfolges die Sinne noch so betören möchten. Mag uns das Unglück tiefer beugen, wir haben es nicht nötig den Glauben abzuschwören; das, was hell und rein in unserer Erinnerung steht, durch Verdächtigung zu trüben. Es ist zwar nicht mehr modern, „nationalistisch" zu denken, wir wissen es: die sogenannte quantitative Weltanschauung mit ihrer Verwerfung der Artunterschiede steht wieder in Blüte, trotzdem und dennoch: wer heute die deutsche Kriegsstimmung von 1914 auch nur durch Ähnlichkeit des Ausdrucks in Beziehung bringt zu den frivolen Auftritten der Piazza, wer unsere durch und durch integre „Obrigkeits"-regierung von ehemals in die Gesellschaft rumänischer Hochstapler und Intriganten rückt, der versündigt sich an unserem Volk und an der geschichtlichen Wahrheit. Was in der Sonne des Glückes leuchtete, behält — nur hysterische Augen leugnen es — auch im Dunkel der Trübsal seine Farben. Furchtlos, wie unsere

Truppen die Untersuchungen der neutralen Kommission über angebliche „Verwüstungen" im besetzten Gebiet abwarten konnten, sehen wir dem Richterspruche der Geschichte entgegen. Sie wird einst unparteiisch das Soll und Haben der Völker abwägen und nach dem allein richtigen Grundsatz: a potiori fit denominatio ihr Urteil zugunsten der Mittelmächte fällen.



**Schöffengericht oder Strafkammer?** Die deutsche Reichs-Strafprozeßordnung kennt drei Formen der ordentlichen Strafgerichte, vor welche die Sachen, abgestuft nach ihrer Schwere, gebracht werden. Das niedrigste Gericht, welches die in der Regel am Leichtesten zu beurteilenden und durchschnittlich mit den mildesten Strafen bedrohten Delikte behandelt, ist das Schöffengericht, es folgen die Strafkammer und das Schwurgericht.

Nun ist ohne weiteres zuzugeben, daß Beleidigungen in der Regel zu den Bagatellsachen gehören und daß man deshalb mit Recht kein Gericht höherer Ordnung für ihre Entscheidung bemüht. Aber für Fälle wie den Fall Harden—Graf Moltke, Herr von Kuhlmann gegen „Deutsche Zeitung" und jetzt „Frankfurter Zeitung"—Chamberlain u. a. m. wird diese Regelung der Gerichtsbarkeit doch als eine Unzulänglichkeit empfunden. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn der Zufall will, daß Vorsitzender des mit einer hochpolitischen Beleidigungsklage besetzten Schöffengerichtes ein ganz junger Amtsrichter (Fall Harden) oder ein Assessor ist (Fall der „Frankfurter Zeitung"). Es liegt mir fern, die Fähigkeiten dieser Herren anzweifeln zu wollen, es gibt junge Juristen, die den ältesten und gewiegtesten Landgerichtsdirektoren ebenbürtig sind, aber für den Regelfall bekommt der Richter erst durch jahrelange Praxis die Übung und Sicherheit, die ihn befähigen, einen großen und schwierigen Prozeß zu leiten. Im Falle Harden ist ja auch bekanntlich seinerzeit die Führung des Prozesses dem Vorsitzenden allmählich entglitten und auf die Parteivertreter übergegangen. Ich weiß nicht, welches Berufes und welches Bildungsniveaus die beiden Schöffen waren, die im Prozeß der „Frankfurter Zeitung" als Richter mitgewirkt haben, es können ganz hervor-

ragende Männer gewesen sein, aber der Zufall kann ebensogut an diesem Tage gerade Gebatter Schneider und Handschuhmacher auf die Richterbank berufen haben.

Es ist natürlich ausgeschlossen, in die Geschäftsverteilung, welche die Zuständigkeit der einzelnen Richter für die einzelnen Sachen (meist nach Anfangsbuchstaben des Beklagten) im voraus für das ganze Jahr regelt, einzugreifen und etwa für einen besonders wichtigen und schwierigen Prozeß einen alten und erfahrenen Richter und besonders qualifizierte Schöffen zu bestimmen.

Damit würde einer der wichtigsten Grundsätze unseres Rechtslebens: „Niemand soll seinem ordentlichen Richter entzogen werden“, umgestoßen werden; damit würde Unsicherheit in die Unbefangenheit unserer Rechtspflege getragen werden und damit wäre politischen Leidenschaften und Machenschaften Tor und Tür geöffnet. Aber eine Besetzung des Gerichts, welche größere Garantien in Ansehung der Prozeßleitung und des politischen Verständnisses der Weisung bietet, wäre doch für Beleidigungsfachen so schwerwiegender Natur, wie es die vorgenannten sind, wünschenswert. Diese Garantien böte die Straf-

kammer. Allein nach unserer Strafprozeßordnung kann die Privatklage in erster Instanz nur vor dem Schöffengericht erhoben werden. (Vielleicht zieht die demnächst zu erwartende Reform unserer Strafprozeßordnung aus den politischen Beleidigungsprozessen die Lehre, die Möglichkeit einer Erhebung der Privatklage auch vor der Strafkammer zu geben). Für das geltende Recht aber wäre eine Abhilfe nur in der Weise möglich, daß die Staatsanwaltschaft bei Beleidigungen der geschilderten Art das öffentliche Interesse bejahnte und von Amts wegen Anklage gegen den Beleidiger erhob; denn alsdann hat sie die Wahl, ob sie die Sache vor das Schöffengericht oder die Strafkammer bringen will. Von diesem Auswege macht die Staatsanwaltschaft meines Erachtens zu selten Gebrauch, sie ist in politischen Prozessen leider nur zu oft geneigt, das öffentliche Interesse zu verneinen. So kommen dann Prozesse von politisch großer Tragweite vor das Strafgericht niederster Ordnung, bei dessen Besetzung es in viel höherem Maße als bei einem Gerichte höherer Ordnung dem Zufall überlassen ist, ob die geeigneten Richterkräfte sich finden. Domenicus




---

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

---

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.  
 Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Vichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.  
 Fernsprecher des Herausgebers: Amt Vichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bätow 6510.  
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a  
 Druck „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37